

Mossische



Zeitung

10 Pfennig

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verleger: Friedrich Ullstein: Am Dönhofs (A 7) 3600-3605.  
Für den Verleger: Amt Dönhofs 3606-3608. Telegramm-Adress: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 950.

Moldenhauers Finanzbericht

Im Haushaltsausweis des Reichsloges, der heute unter dem Vorsitz des Abg. Delmann (Ssp.) die Beratung des Haushalts-Ministerrates begann, gab Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer eine allgemeine Uebersicht über die Kassenlage des Reiches.

Er führte aus: Mit Hilfe des Ende Dezember von den Banken gegebenen Ueberbrückungskredits in Höhe von 350 Millionen RM ist es gelungen, den ultimo Dezember ohne weitere Schwierigkeiten zu überwinden. Der Betriebsabtrieb der Reichsbank konnte am 31. Dezember 1929, wie es im Budgetgesetz vorgesehen ist, reibungslos abgedeckt werden. Inzwischen ist durch die im Januar fälligen Steuerinzubehaltungen eine Verbesserung der Kassenlage in dem Maße eingetreten, daß im August die Schuldenlasten nicht befallen. Am 31. Januar wäre ein Bankentzitt in Höhe von 200 Millionen RM zur Rückzahlung fällig; inwiefern ist aber dieser Kredit auf etwa 6 bis 9 Monate verlängert worden. Somit ist für die Monate Januar bis März mit folgenden Ueberüberschüssen oder -fehlbeträgen zu rechnen:

- für Januar: Ueberüberschub von 117 Millionen Mark.
- für Februar: Fehlbetrag von 117 Millionen Mark.
- für März: Fehlbetrag von 149 Millionen Mark.

Die Monate Januar und Februar werden sich also ungefähr ausgleichen. Ende März wird ein Fehlbetrag von etwa 140 bis 150 Millionen vorhanden sein. Für die restlichen Monate des Jahres werden rund 85 bis 90 Millionen Mark aus der Ueberbrückung mit dem Generalplan zusammen kommen. Die Ueberbrückung wird im Laufe des Jahres allmählich abgebaut werden, bis die Kassenlage sich wieder in etwa dem Stande des Jahres 1929 befindet. Die Ueberbrückung wird im Laufe des Jahres allmählich abgebaut werden, bis die Kassenlage sich wieder in etwa dem Stande des Jahres 1929 befindet.

Dieser Betrag erhöht sich durch die erste Rate der Kreuzeranzlei um 100 Millionen durch die Herabsetzung des Reserve-Akt-Berichtens (Zinsen) um ein Drittel gebundenen Reservefonds um 14 Millionen.

Im zweiten Vierteljahr wird also tatsachlich ein Ueberüberschub von 305 Millionen vorhanden sein, mit dem der Fehlbetrag des ersten Vierteljahres abgedeckt und Kredite in Höhe von rund 40 Millionen zurückgezahlt werden können.

In den veranschlagten Ausgaben für die Monate April bis September sind hierbei monatlich je 50 Millionen RM zur Abdeckung des von den Banken gegebenen Ueberbrückungskredits von 300 Millionen enthalten, so daß dieser Kredit Ende September mit 200 Millionen abgedeckt sein wird.

Der Minister wies darauf, daß die vorstehende Kassenlage auf der Grundlage des Finanzplanes beruhe. Die Abweichung werde jedoch einseitig, daß trotz Annahme des Finanzplanes die Kassenlage des Reiches noch wie vor ungünstig aussieht. Der Minister sprach zur Ueberwindung des Finanzplans Juni mit dem erzielten Fehlbetrag von 278 Millionen Mark diesen Weg, wenn nicht die Kreuzer-Anleihe ausbleibe.

Das Mitglied des Reichswirtschaftsrates Direktor Hans Roemer erläuterte darauf die Situation in der deutschen Finanzindustrie. Er gab zunächst die Erklärung ab, daß er in seiner Rolle insbesondere von dem Schuldentitel abhängig ist, sondern daß er schließlich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates immerzu mit der Reichsregierung den Auftrag bekommen habe, die Verhältnisse der deutschen Finanzindustrie zu untersuchen. Lediglich

lich in dieser Eigenschaft sei er später Vorsitzender des Ausschusses des Sanitätsrates geworden. Auch gehörte er ferner dem Ausschuss des Gesundheitsrats an, das einzige deutsche Mitglied dieses Ausschusses sei Direktorator Daxer gewesen.

Der Schuldentitel wurde heute auf 2,6 Milliarden Mark festgelegt. Gegen ihn sei im Kampf unzulässig. Kreuzer selbst sei ein ganz bedürftiger und außerordentlich kluger Mann. Der Schuldentitel habe nahezu 75 v. H. der deutschen Finanzindustrie aufgesaugt, doch sei mit ihm, der sich durch weitere Anleihe leicht ein Preismonopol verschaffen haben könnte, die Befreiung erzielt, daß sein Anteil auf 6 v. H. und sein Abstammungsverhältnis innerhalb des Sanitätsrats auf 50 v. H. festgelegt wurde. Diese Befreiung sei auf Wunsch der Schweden und der Deutschen durch das Gesetz (antizipiert) worden.

Zu 75 Proz. werden Zinsbills von den Schweden, die heute allein 22 Milliarden Zigaretten im Jahre konsumieren, verwendet. Der Wunsch der Schweden, Feuerzünde mit einer Steuer zu belegen, sei abgelehnt worden. Die Einführung des Sanitätsrats habe eine Verringerung der Zinsausgaben bewirkt. Trotz des Sanitätsrats seien neue Zigaretten erschienen. Im letzten Jahre habe das Sanitätsrat 3 Millionen Mark aufgenommen, um diese Zigaretten aufzukufen. 30 Prozent des gesamten Konsums entfielen auf russische Zigaretten, die zu Dumpingpreisen eingeführt wurden. Für das Monopol hätten sich nicht nur die Schweden, sondern auch die deutschen Zigarettenfabrikanten mit alleiniger Ausnahme der ungarischen Fabriken eingesetzt.

Maßnahmen bezügl. des Direktor des Reichsreditgesellschaften Dr. Bittiger vertraulich über die Verhandlungen, die die mit dem Reichswirtschaftsratsausschuss zusammenhängende Angelegenheiten betreffen.

Diesem Antrag lag das Wunsch auf Grund, weil die Mitglieder des Ausschusses sich über die Kassenlage des Reiches zunächst mit ihrer fraktionellen Stellung nehmen wollen.

Die Kabinetts-Umbildung in Preußen

Die gestrigen Mitteilungen über die Koalitionsverhandlungen in Preußen haben die Öffentlichkeit überreicht; aber man darf hinsichtlich: angeblich überreicht. Und diesmal besteht überall der Eindruck, daß die Verhandlungen, auch in Preußen, vor großen Schwierigkeiten zu stehen, erfolgreich sein werden. Einmal ist es jedoch loblich zu berichten, daß die Landtagsfraktion der Demokraten wieder eine Werbung abgelehnt hat, über deren Ergebnis Vertraulichkeit gewahrt wird.

Mit den Demokraten hängt es an, weil die Umbildung des preußischen Kabinetts auf ihre Rollen erfolgt ist. In dem Befehl des Zentrum ist der Regierung wird nicht gestillt. Die Sozialdemokraten wollen eine Vergrößerung ihres Einflusses durch die Wegnahme des Ratensministeriums mit dem Abgeordneten König. Die Demokraten sollen aus dem Bundes-Portefeuille verzichten, dessen Inhaber, Abg. Dr. Schreiber, eines der freiwählenden Oberpräsidenten übernehmen soll. Eine der Ministerpräsidenten tritt in die Verhandlungen eingreifen kann, muß erst die Erklärung der Demokraten vorliegen, daß sie das Bundes-Portefeuille optieren wollen, d. h. muß Bundesminister Dr. Schreiber dem Reichswirtschaftsrats seine Demission anbieten.

Es wird noch einige Tage dauern, ehe auch die rein formalen Voraussetzungen für die Kabinettsumbildung erfüllt sind. Die Deutsche Volkspartei soll in dem kommenden Kabinetts durch einen Minister ohne Portefeuille vertreten sein und außerdem ein Oberpräsident erhalten. Da man jetzt annehmen auf allen Seiten annehmen ist, mit der Großen Koalition Ernst zu machen.

wenden die Details keine Schwierigkeiten machen. Sie gewinnen Bedeutung nur, wenn sie als Formale für den Abschluß dienen sollen.

In dem der Entzifferung, als ob es sich um etwas sehr Unwahrscheinliches handelt, was die Kassenlage in Preußen ernstlich macht, wobei die Großen Koalition im Reich zu führen. Es ist nie ein Geheimnis daraus gemacht worden, daß in der hiesigen Zusammenkunft der Regierungsmehrheit im Reichstag und im Preussischen Landtag eine harte Garantie für die Dauer dieser politischen Gruppierung zu sehen war. Die „Demokraten“ hingegen mocht der „Rechtlichen Zeitung“ keine einen Vorwurf aus der Forderung, daß in der Deutschen Volkspartei so auch im Zentrum keine Reaktionen zu sehen sind. Die neue Politik mit einem Block der vier Parteien zu machen. Das Zentrum erinnert an die Rede des Fraktionsvorsprechenden Abg. Bräutigam in Breslau, in der erklärt wurde, daß das Zentrum den Wunsch habe, das gegenwärtige Kabinetts so lange wie möglich zu halten.

Auch die „Rechtliche Zeitung“ nimmt, als aus dem gefragten Kreise hervorgeht, festzuhalten, daß das Zentrum als gefürchteter oder gefürchteter Reichsregierung im Reich ist, aber für die allernächste Zukunft absteht. Aber die Wille, endlich zu einem stabilen Staat in der Reichspartei zu kommen, wird jedenfalls gefestigt werden, wenn im Reich und in Preußen die gleiche Koalition regiert.

Großes Friedens Reformen

Weimar, 24. Januar | Ullstein-Nachrichtendienst

Der Gau Großhändler des Reichsbanners Schwarz-Rot-Weiß hat aus Anlaß der Wahl eines im hiesigen Reichstag und Reichsrat einen Anlauf genommen; in dem es u. a. heißt: „Hilfungen wird in Zukunft von einem Verfassungsausschuss, der wegen des Reichstags mit 1/4 Jahre Stellung befristet wurde, registriert werden.“

Die mit den Nationalsozialistischen fraktionierten Parteien werden die Partei hervorgehoben, festzuhalten, daß das Zentrum als gefürchteter oder gefürchteter Reichsregierung im Reich ist, aber für die allernächste Zukunft absteht. Aber die Wille, endlich zu einem stabilen Staat in der Reichspartei zu kommen, wird jedenfalls gefestigt werden, wenn im Reich und in Preußen die gleiche Koalition regiert.

Das den republikanischen Parteien erneuert als Reichsbanner, daß sie sich zu einem Reichsbanner bewegen, die im Reichstag zu einem Reichsbanner sein.

McGarrath Präsident der B. I. I.?

New York, 24. Januar | Ullstein-Nachrichtendienst

Wie die New-Yorker Zeitung „Detroit Tribune“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, haben sich die europäischen Notenbankpräsidenten in Paris, Dr. McGarrath, der Vorsitzende der New-Yorker Federal Reserve Bank, als einer der besten von den Beteiligten Kandidaten zu ernennen. Direktor und als Präsident der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich vorgeschlagen worden sein. Seine Nominierung sei auf der Sonderkonferenz durch Steyn und Taylor erfolgt.

McGarrath genießt in den Vereinigten Staaten den Ruf eines sehr fähigen Finanzmannes mit überlegenem Renommee; er war

mehrere Jahre hindurch Mitglied des Generalrats der Reichsbank, hat aber keinen Einfluß auf die Entwicklung des Reparationsproblems und auf die Gründung der Internationalen Bank genommen, so daß keine Person den Wünschen aller beteiligten Mächte, besonders aber Deutschlands, entspricht. Die deutschen Wünsche gehen demnach dahin, daß der Präsident des neuen Instituts nicht mit der Reparationskommission auf Grund des ersten Kapitels der Dawes-Pläne zu tun gehabt haben und nicht in seinen Funktionen nachgehört zu sein. Da jedoch Steyn und Taylor das Amt bereits abgelehnt haben, ist die Wahl auf McGarrath gefallen. Dieser habe es bisher abgelehnt, die Wahlung über seine Kandidatur zu beschließen oder zu kommentieren.